

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886845 ppbn d
Telefax: 21 0964

Inhalt

Albrecht Müller MdB zur Entlassung Dr. Heiner Geißlers: Keiner Täuschung erliegen.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zur Notwendigkeit einer neuen Phase der Ostpolitik: Die Spaltung Europas überwinden.

Seite 3

Armin Nentwig MdL zur Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe: Eine grobe soziale Benachteiligung.

Seite 5

Dokumentation:

Der Deutsche Bundesjugendring hat zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges eine Erklärung beschlossen, die wir im Wortlaut wiedergeben.

Seite 6

44. Jahrgang / 160

22. August 1989

Keiner Täuschung erliegen

Zur Entlassung Dr. Heiner Geißlers

Von Albrecht Müller MdB

Wie der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU mit Herrn Geißler umgegangen ist, ist menschlich übel.

Aber das hat innerhalb der Unionsparteien eine gewisse Tradition.

Es stimmt auch, daß Herr Geißler der Stimmung in der Union widerstanden hat, die Ausländerdiskussion a la Friedrich Zimmermann zu führen.

Ansonsten ist die Behauptung, daß er ein sogenannter Politiker der Mitte und der Demokratie sei, eine optische Täuschung.

In den Wahlkampfauseinandersetzungen war er über Jahre einer, der knallharte Thesen verfochten hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemantzen Umwelt
mit wertvoller Holzstoff
Recycling-Papier



Er hat polarisiert und dieser Logik folgend das deutsche Volk in zwei Lager aufgeteilt.

Er hat Sozialdemokraten die fünfte Kolonne Moskaus titulierte.

Er hat behauptet, der Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht.

Ist das alles vergessen?

Vor allem hat Herr Geißler das Spiel mit der Angst der Menschen hervorragend beherrscht.

Weil ihm das Feind- und Drohbild „Russen“ keiner mehr abnehmen mochte, hat er für seine Angstmache das Feld der inneren Sicherheit gewählt. Das in einem Stil, daß selbst eigene Parteifreunde seinem Slogan im Europa-Wahlkampf „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade“ widerstanden.

Sein Rezept war es, Angst vor Kriminalität und Gewalt zu wecken und diese Angst gleichzeitig auf die gegnerischen Parteien zu lenken.

Nicht nur einmal, sondern immer wieder.

Ein Detail aus dem Kommunalwahlkampf in unserem gemeinsamen Wahlkreis: Die CDU einer Kleinstadt hatte den Geißler-Wahlkampfstil in die Provinz geholt - sie hat diffamiert, sie hat SPD und Grüne für wirre Anarcho-Sprühparolen verantwortlich machen wollen; sie hat als eine der wenigen den Radikalen-Slogan Geißlers übernommen und als roten Faden genutzt.

Das Ergebnis: CDU und SPD haben abgenommen, die „Republikaner“ gewannen spektakulär.

Herrn Geißler fehlen die demokratischen „Beißhemmnungen“.

(-/22.8.1989/vc-he/rs)

* * *

Die Spaltung Europas überwinden

Zur Notwendigkeit einer neuen Phase der Ostpolitik

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

I.

Der frühere „Ostblock“ ist kein „Block“ mehr. Die Gleichförmigkeit poststalinistischer Systeme beginnt einem politischen, ökonomischen und kulturellen Pluralismus zu weichen. Diese Änderungsprozesse in Ungarn, Polen und der Sowjetunion sind schmerzhaft und voller Widersprüche. Stets besteht die Gefahr des autoritären Rückfalls. Aber diese unvermeidbaren Krisen bei Reformprozessen sind gesellschaftspolitisch auf Dauer weniger explosiv als jener erzwungene Schein von Stabilität in den beiden östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik. Bei zunehmender Demokratisierung können politische und ökonomische Widersprüche sich zumindest legal und das heißt weitgehend auch in institutionalisierten Formen ausdrücken. Wo aber in Osteuropa noch weitgehend autoritär regiert wird, dort muß jeder nicht von oben gelenkte Massenprotest von den Partei- und Staatsapparaten als prinzipielle Infragestellung herrschender Regeln und Institutionen empfunden werden. Wo auf Reformen verzichtet wird, dort bleibt nur noch die Alternative Stagnation oder Aufrühr. Auch um dieser destabilisierenden Alternative zu entrinnen, muß auch in der DDR und der CSSR endlich mit grundlegenden inneren Reformen begonnen werden.

II.

Die SPD hat sich in den fünfziger Jahren mehr als jede andere Partei der Spaltung Europas und Deutschlands entgegengestellt. Als Sozialdemokraten 1969 die Regierung führten, wollten sie durch vertragliche Anerkennung der bestehenden Grenzen Feindbilder und Feindschaft abbauen, um so den Frieden politisch zu sichern und Abrüstungsverträge zu ermöglichen. Durch Friedenspolitik sollten auch in Ost und West durch den Kalten Krieg gefesselte innenpolitische Reformkräfte befreit werden. Das langfristige Ziel der SPD war auch und bleibt auch in Zukunft unverändert: Im Sinne aller drei Körbe der KSZE-Schlußakte die Spaltung Europas mit friedlichen Mitteln zu überwinden. Ich bin der Meinung, daß aufgrund der inneren Reformen in Osteuropa, insbesondere der Europarat und die EG neue Funktionen bei der Überwindung der Spaltung Europas übernehmen sollten.

Abrüstungsverträge, Verträge über kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit, ja die Vereinbarung der KSZE-Schlußakte selber, sehen eine enge und zunehmende Zusammenarbeit auf Regierungsebene voraus. Dies wird auch in Zukunft so sein und so bleiben müssen. Ebenso wie der Fraktionsvorsitzende der Solidarnosc, Geremek, bei seinem Besuch in Bonn durch Gespräche mit den Regierungsparteien CDU und CSU zwischenstaatliche Regierungsverhandlungen zu beeinflussen versuchte, muß die SPD auch in Zukunft als wichtigste Oppositionspartei und potentielle Regierungspartei den Dialog mit den Regierungen und regierenden Parteien in Osteuropa suchen.

Aber dies war und ist nicht ausreichend: Ebenso wie die kommunistischen Partei Osteuropas wie selbstverständlich den Dialog mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften in der Bundesrepublik pflegen und hierüber hinaus die gesellschaftlich kaum relevante DKP auch noch politisch und materiell fördern, muß die SPD den zunehmenden Pluralismus innerhalb der Gesellschaften Osteuropas in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit Rechnung tragen. Die politische Solidarität mit denjenigen, die auf mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt drängen, darf für Sozialdemokraten weder im Süden noch im Osten an den Grenzen von NATO und Europäischer Gemeinschaft enden. Die Solidarität muß nicht nur durch interne Gespräche mit in Osteuropa regierenden Politikern für von Repressionen Betroffene wirksam, sondern in ihren Prinzipien auch öffentlich erkennbar und vernehmbar sein. In welcher Form sich Solidarität äußert, wird je nach Land und Umständen unterschiedlich sein.

III.

Im Mai diesen Jahres nahm ich in Budapest an einem mehrtägigen Rundtischgespräch von kommunistischen, sozialdemokratischen, liberalen und konservativen Abgeordneten aus allen Teilen Europas teil. Am Rande der von der ungarischen Regierungspartei organisierten Tagung konnte ich Gespräche mit der Anfang 1989 wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei Ungarns und anderen opposi-

tionellen Strömungen führen. Im kommenden Jahr werden in Budapest bereits Vertreter der ungarischen Opposition und Abgeordnete der polnischen Solidarność offiziell am Rundtischgespräch teilnehmen. Auch die sowjetische Parlamentarierdelegation wird wahrscheinlich die neue Vielfalt im Obersten Sowjet widerspiegeln. Ähnlich sollten in Zukunft auch andere gesamteuropäische Konferenzen den neuen politischen Pluralismus Osteuropas offiziell zum Ausdruck bringen.

Ende Juli fuhr ich wiederum nach Ungarn. Dieses Mal redete ich unter anderem auf einer Sitzung des Parteirates der ungarischen Sozialdemokratie und nahm an einem Seminar von in verschiedenen oppositionellen Gruppierungen organisierten sozialdemokratischen Strömungen teil. Außerdem bot mir das Institut für Gesellschaftswissenschaft im ZK der USAP die Gelegenheit zum mehrtägigen gleichzeitigen Gedankenaustausch mit der kommunistischen Regierungspartei und Vertretern von circa elf oppositionellen Gruppen. Mitveranstalter war die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hat in diesem Jahr bereits ein Büro in Moskau eröffnet, hoffentlich folgen bald Büros in Budapest und Warschau.

IV.

Die Zahl der offiziellen und inoffiziellen Kontakte der SPD in Rumänien ist gering. In Polen haben sich die Beziehungen über die PVAP hinaus auch zu Vertretern der Solidarität verbessert. Meine Gespräche mit Vertretern der Solidarität in Bonn und in Warschau bestärken mich in der Auffassung, daß breite Strömungen in Ihr gesellschaftspolitisch und auch außenpolitisch Vorstellungen ähnlich denen der SPD vertreten. Manche aus Sorge vor einer sowjetischen Intervention übervorsichtige und unkritische Stellungnahme führender Sozialdemokraten unmittelbar nach der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen erweist sich heute als Fehler. Umso mehr muß klar sein, daß Sozialdemokraten in der Wahl von Tadeusz Mazowiecki, eines Vertreters der Solidarität zum Ministerpräsidenten, sowohl einen erfreulichen Schritt zur Demokratisierung wie zur Stabilisierung dieses Staates sehen.

Die Kontakte der SPD beschränken sich in der DDR und in der CSSR keineswegs auf die Führungen von Partei und Staat. Insbesondere zur DDR haben die Gespräche in den letzten Jahren eine Zahl und gesellschaftliche Bandbreite angenommen, daß schon aus diesem Grunde eine Pluralität von Auffassungen auf beiden Seiten gewährleistet ist. Dabei gibt es auch Kontakte zu einzelnen Oppositionellen. Aber diese Kontakte, insbesondere in der DDR, unterscheiden sich aufgrund geringerer Institutionalisierung qualitativ von den Ländern, in denen oppositionelle Gruppierungen bereits einen legalen oder quasi-legalen Status erreicht haben. Sozialdemokraten werden künftig in der jetzt beginnenden neuen Phase der Entspannungspolitik die gesellschaftliche und politische Spannweite ihrer Kontakte in allen osteuropäischen Staaten weiter zu verbreitern suchen. Neben Themen der Abrüstung haben bereits jetzt Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Umweltschutzes, des Jugend- und Kulturaustausches, der Geschichte und der Theorie der Arbeiterbewegung an Bedeutung gewonnen. Die Parteiführung der SPD wird aber auch in Zukunft nicht mit illegalen Kontakten und Maßnahmen in die Länder Osteuropas und insbesondere auch nicht in die DDR hineinzuwirken versuchen.

V.

Im Kalten Krieg erstarrte in Europa der Gegensatz zwischen „real existierendem Sozialismus“ und pluralistischer Demokratie militärpolitisch zur Frontlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt und politisch-ökonomisch zur Trennlinie zwischen EG und RGW. In der ersten Phase der Entspannungspolitik wurden Brücken über Fronten und Trennlinien hinweg geschlagen. In der jetzigen Phase der Entspannungspolitik beginnen durch zunehmende Zusammenarbeit und Ansätze zur gemeinsamen Koevolution gesellschaftspolitische Trennlinien ihren antagonistischen Charakter zu verlieren. Die Überwindung der Spaltung Europas wird noch Jahrzehnte dauern, aber die Vereinigung Gesamteuropas ist nicht mehr Utopie, sondern realpolitisch möglich. Damit diese Chance zur Wirklichkeit werden kann, muß friedenspolitische Stabilität in Europa erhalten und parallel zum Wandel der im Kalten Krieg erstarrten außen- und gesellschaftspolitischen Strukturen ausgebaut werden.

Die sich beschleunigenden Reformen in mehreren Staaten Osteuropas sind eine Herausforderung für Westeuropa und den Westen insgesamt. Wenn Westeuropa sich nach Westen öffnet, darf Westeuropa ihm nicht in Selbstgenügsamkeit den Rücken zukehren. Die reiche Bundesrepublik Deutschland muß bereit sein, ausreichend finanzielle Mittel sowohl für die Aufnahme von Übersiedlern wie von Ausiedlern bereit zu stellen. Die Abschaffung der Visapflicht sollte nicht nur für Reisen innerhalb Westeuropas sondern auch für Besucher aus Osteuropa vorgenommen werden. (-/22.8.1989/vo-he/rs)

Eine grobe soziale Benachteiligung

Zur Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe

Von Armin Nentwig MdL

Sozialexperte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Das Paradebeispiel sozialer Ungerechtigkeit schlechthin ist, daß das Kindergeld auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Dieses zutiefst unchristliche Verhalten der C-Parteien, mit deren Stimmenmehrheit im Bundestag 1986 der Kindergeldzuschlag mit Anrechnung auf die Sozialhilfe eingeführt wurde, ist skandalös. Der bayerische Innenminister Stoiber muß endlich seiner Rolle als selbsternannter „Familienpapst“ der CSU gerecht werden. Dann kann der „Familienexperte“ der CSU nicht umhin, im Namen der Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zu starten, um diese soziale Benachteiligung vieler Familien endlich zu kippen.

Getreu dem Kanzler-Motto „Leistung muß sich wieder lohnen“ wurden und werden sozial Schwache abkassiert. Laut Bayerischem Landesamt für Statistik gab es 1988 allein im Freistaat 397.000 Sozialhilfeempfänger. In den vergangenen drei Jahren stieg die Zahl der in Not geratenen, bedürftigen Familien mit Kindern um 15 Prozent. Von der Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe waren etwa 450.000 Haushalte betroffen. Das sind 30 Prozent aller Hilfeempfänger in Bayern.

Diejenigen Familien, die den Kindergeldzuschlag am nötigsten brauchen, gehen damit leer aus. Die gegenwärtige CDU/CSU-Familienpolitik geht also eindeutig an den sozialhilfebedürftigen Familien, Kindern und Jugendlichen vorbei.

Es gibt zwei Gründe, weshalb die Anrechnung des Kindergeldes und -zuschlages auf die Sozialhilfe ungerecht und unsozial ist. Zum einen sind die Sozialhilfesätze viel zu niedrig. Sie decken nicht einmal das Existenzminimum. Zur Zeit betragen die Mindestregelsätze in Bayern altersmäßig gestaffelt zwischen 182 Mark und 364 Mark. Die Erhöhungen der Regelsätze hinken den steigenden Lebenshaltungskosten hinterher. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird um das Kindergeld und den -zuschlag gekürzt. Mehr noch: Der überschüssige Betrag wird auf den Regelsatz der Eltern angerechnet, so daß nichts mehr übrigbleibt. Andererseits werden Kinder und Jugendliche aus einkommenschwachen Familien oder Großfamilien, von alleinerziehenden Müttern und Vätern gegenüber Gleichaltrigen stark benachteiligt. Die finanzielle Not ermöglicht keine altersgerechte Förderung und Entwicklung. Soziale Benachteiligungen und nicht nur Verschlechterung im schulischen sowie im beruflichen Bereich sind programmiert.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben pro Kind einen monatlichen Bedarf von etwa 700 Mark - inklusive Mietanteil - errechnet. Eine Familie mit Erwerbseinkommen kann diesen Bedarf mit Hilfe des Kindergeldes und des Steuerfreibetrages decken. Aber eine Sozialhilfeempfänger-Familie, die auf diese staatlichen Leistungen am meisten angewiesen ist, hat diese Möglichkeit nicht. Das Kindergeld wird ihnen nicht als zusätzliches Einkommen gewährt, sondern von den Bedarfssätzen der Sozialhilfe abgezogen.

Diese Familien leben trotz aller Verbesserungen staatlicher Sozialleistungen weiterhin am Existenzminimum. Diese soziale Ungerechtigkeit, die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe, muß endgültig aus der Welt geschafft werden. Nicht hehre Sonntagsreden zur Rettung des Abendlandes auf familienpolitischen Kongressen der CSU sind gefragt. Fangen wir doch schlicht ganz unten an, und „befreien“ Tausende von bayerischen Familien von den sozialen Benachteiligungen.

(-/22.8.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Deutscher Bundesjugendring: Aus der Geschichte für die Zukunft lernen

Der Deutsche Bundesjugendring hat zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges eine Erklärung beschlossen, die wir im Wortlaut wiedergeben.

„Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“, ließen die nationalsozialistischen Machthaber am 1. September 1939 über den längst gleichgeschalteten Rundfunk verkünden. Ein von ihnen fingierter Überfall auf den Gleiwitzer Sender diente als Begründung für den Überfall auf Polen.

Es begann der Zweite Weltkrieg, der dem Nationalsozialismus die Vorherrschaft in Europa verschaffen sollte. Die Folge waren Millionen Tote durch die kriegerischen Auseinandersetzungen und die Konzentrations- und Vernichtungslager sowie ein unvorstellbares Ausmaß an Zerstörungen.

Der Überfall auf Polen liegt nun 50 Jahre zurück, und wir sind die Erben auch dieses Teils der deutschen Geschichte.

Wir müssen aus der Geschichte für die Zukunft lernen! Den vielen Schritten, die die Jugendorganisation bereits gegangen sind, werden weitere folgen, um den Prozeß der Aussöhnung und Verständigung weiter voranzutreiben und unumkehrbar zu machen.

Dieses Datum mahnt, gerade vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen, dazu, in den vielfältigen Bemühungen verstärkt fortzufahren.

Nachdem in diesem Jahr bereits das dritte Jugendforum zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich durchgeführt werden konnte, wird sich der Deutsche Bundesjugendring mit einer Delegation am 1. September auf der Westerplatte gemeinsam mit den polnischen Jugendorganisationen an einer internationalen Friedensmanifestation beteiligen.

Daran anschließen wird sich ein Seminar zu dem Thema „50 Jahre danach - historische Erfahrung, Gegenwart und Zukunft“.

Für den DBJR hat die internationale Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen anderer Staaten, insbesondere aus Ost-Europa, hervorragende Bedeutung.

Um den wachsenden Anforderungen und Möglichkeiten in diesem Bereich gerecht werden zu können, fordert der Deutsche Bundesjugendring eine verstärkte Förderung der internationalen Jugendarbeit, denn heute können viele Maßnahmen und Projekte nicht realisiert werden, da die erforderlichen Förderungsmittel fehlen.

In diesem Zusammenhang erwarten wir von den verantwortlichen Politikern auch, daß sie die unsägliche - mit einem Blick nach rechts geführte - Diskussion über die Westgrenze Polens einstellen, um die Fortentwicklung des Prozesses einer wachsenden vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht zu behindern.

(-/22.8.1989/vo-he/rs)

* * *